

Zürich

Alkoholfachstellen bremsen Studie aus

Umstrittene Suchttherapie Wer zu viel trinkt, kann mithilfe von Therapeuten lernen, den Konsum zu kontrollieren. Doch eine Studie zeigt: Es gibt einen Haken.

Liliane Minor

Hätte Martin Sieber gewusst, worauf er sich einlassen würde, er hätte die Anfrage der vier Suchtfachstellen der Bezirke Bülach, Hinwil, Horgen und Uster wohl abgelehnt. Aber der Auftrag klang interessant: Sieber sollte untersuchen, wie wirksam ambulante Alkoholtherapien sind.

Dass die Fachstellen den damals eben erst pensionierten Psychologieprofessor anfragten, lag nahe. Sieber war zuletzt Forschungsleiter der Forel-Klinik gewesen, die auf die Behandlung von Alkoholabhängigkeit spezialisiert ist. Er hat eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Beiträgen und Büchern zur Suchtforschung verfasst.

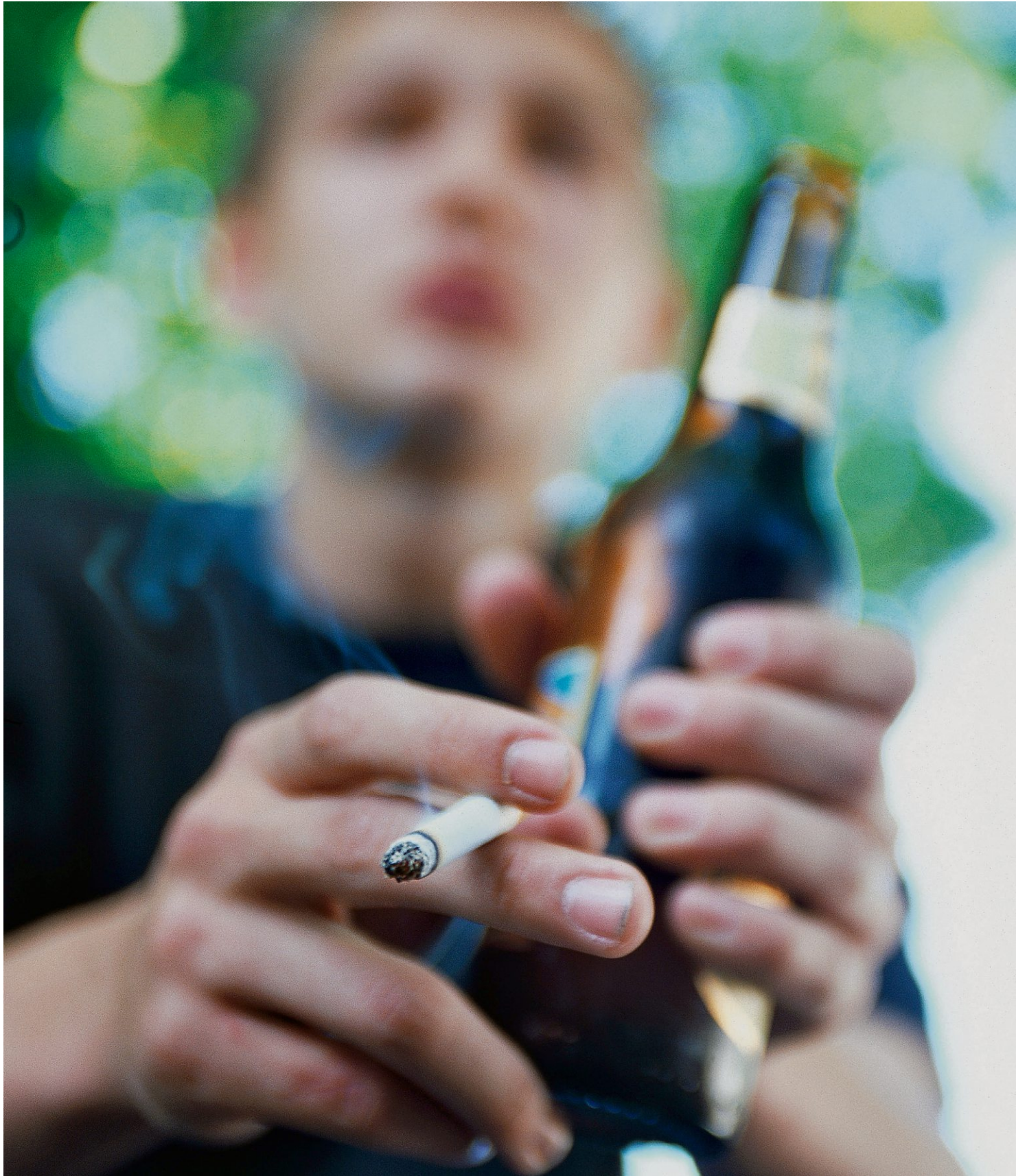
Sieber nahm den Auftrag an. Er schlug vor, erstmals überhaupt im deutschsprachigen Raum nicht nur am Trinkverhalten und am Wohlbefinden der Betroffenen zu messen, wie wirksam die Therapien sind. Sondern auch daran, ob die Betroffenen nach der Behandlung weniger Kosten in Form von Arztbesuchen, Klinikaufenthalten und Abwesenheiten am Arbeitsplatz verursachen. Kurz: Ob sich die Behandlung auch wirtschaftlich lohnt.

Kosten sanken deutlich

Sieber befragte 450 Klientinnen und Klienten der vier Fachstellen, die in den Jahren 2013 und 2014 in Behandlung waren. Was er herausfand, lässt aufhorchen. Als wirtschaftlich erwies sich die Therapie nur dann, wenn das Ziel die Abstinenz war. Dann sanken die Kosten deutlich. Bei jenen Personen, die in der Behandlung hingegen «nur» lernen wollten, den Alkoholkonsum zu kontrollieren, war genau das Gegenteil der Fall: Die Kosten schossen in die Höhe. Und das, obwohl die Betroffenen nach der Behandlung weniger tranken. Hauptgrund für die steigenden Kosten waren offenbar stationäre Behandlungen.

Veröffentlicht wurde die Studie nie. Die Suchtfachstellen wiesen den gut 100-seitigen Schlussbericht, den Sieber Ende 2016 nach fast zwei Jahren Arbeit vorlegte, zurück. Und zwar nur aufgrund einer Zusammenfassung. Die Studie selbst haben die Auftraggeber gar nicht erst gelesen. In einer Stellungnahme, die dieser Zeitung vorliegt, schreiben die Fachstellen: «Das mangelhafte Studiendesign (...) veranlasste die Auftraggeber, die Zusammenarbeit vorzeitig abzubrechen und auf die Sichtung der Ergebnisse gänzlich zu verzichten.» Überdies habe Sieber die vereinbarten Kosten überschritten.

Für Sieber kam das völlig überraschend. Er sagt, die Fachstellen hätten das Studiendesign mitentwickelt, die Zusammenarbeit sei bis kurz vor dem abrupten Ende gut gewesen. Die Mehrkosten seien vor allem deshalb entstanden, weil die Fachstellen den Auftrag im Verlauf der Arbeit ausgeweitet hätten. Er hat eine ganz andere Vermutung, warum es zum Eklat kam: «Das Resultat passte den Fachstellen nicht. Es ist politisch zu heikel. Darum suchten sie Ausreden, um meine Arbeit zu diskreditieren.»



Den Alkoholkonsum unter Kontrolle zu halten: Manche Menschen tun sich schwer damit. Foto: Martin Rüttschi (Keystone)

Dazu muss man wissen: Das sogenannte kontrollierte Trinken ist umstritten. Ursprünglich in den USA entwickelt, verbreitete sich dieses Therapiekonzept Anfang der 1990er-Jahre im deutschsprachigen Raum. Die Idee dahinter ist es, auch jene Betroffenen für eine Behandlung zu gewinnen, die nicht ohne Alkohol leben wollen oder sich das nicht zutrauen.

Die Skepsis verschwand nie

Obwohl zahlreiche Studien zeigen, dass das kontrollierte Trinken vor allem bei jenen Patienten funktioniert, die noch keine volle Abhängigkeit entwickelt haben, ist die Skepsis nie verschwunden. Zumindest aus neurologischer Sicht ist sie auch nicht ganz unbegründet. «Sucht verändert das Gehirn dauerhaft», sagt Wim Nieuwenboom, Psychologe und Suchtfachmann bei der Fachhochschule Nordwestschweiz. «Mit jedem Glas Alkohol wird das Suchtsystem erneut aktiviert.» Nur: Das müsse sich



Der frühere Psychologieprofessor Martin Sieber. Foto: Urs Jaudas

nicht bei jedem Betroffenen gleich auswirken.

Zurück zu Siebers Studie. Diese Zeitung hat die Studie zwei Fachleuten zur Prüfung vorgelegt: Dem erwähnten Wim Nieuwenboom sowie Kenneth Dürsteler, Leitender Psychologe am Zentrum für Abhängigkeitserkrankungen an den Psychiatrischen Universitätskliniken Basel. Beide kommen übereinstimmend zum Schluss: Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund für die Ablehnung.

Zwar sei die untersuchte Gruppe relativ klein, und es stelle sich die Frage, wie das Resultat zu

interpretieren sei, sagen die beiden Forscher. «Aber das haben solche Studien an sich», sagt Nieuwenboom. «Das sagt per se noch nichts über die Qualität aus.» Entscheidend sei, ob thematisiert werde, was die Studie aussagen könne und was nicht. Genau das mache Sieber, sagt Dürsteler: «Er hat alles sauber dokumentiert, und er weist auch auf die offenen Fragen hin.»

Mit dieser Einschätzung konfrontiert, wollte Annette Glaser, Gesamtleiterin der Fachstelle für Suchtfachstellen in Kloten, gegenüber dieser Zeitung keine Auskunft geben. Einen detaillierten Fragenkatalog beantwortete sie mit dem Satz: «Wir betrachten die Angelegenheit als abgeschlossen.»

Wim Nieuwenboom hält es durchaus für möglich, dass die Suchtfachstellen die Studie der Resultate wegen zurückwiesen. «Sucht ist ein hochpolitisches Thema», sagt er, «und deshalb sind auch Studienresultate hochpolitisch.» Mitunter scheiterten

Studien schon in der Planungsphase am Misstrauen der Suchthilfestellen: «Sie haben Angst, dass die Öffentlichkeit kritische Resultate falsch interpretiert und ihre Arbeit dann als schlecht gilt.»

Maulkorb für Sieber

Beide befragten Forscher sagen, es komme immer mal wieder vor, dass missliebige Auftragsarbeiten in der Schublade verschwinden – oft unter fadenscheinigen Begründungen.

Im Fall Sieber beendeten die Auftraggeber die Zusammenarbeit nicht nur abrupt, sie verlangten auch die Herausgabe aller Daten und Fragebögen – und wollten Sieber ein Verbot auferlegen, seine Erkenntnisse in irgendeiner Form zu verwenden. Das sei absurd, sagt Kenneth Dürsteler: «Die Publikation obliegt dem Studienleiter.»

Schliesslich willigte Sieber ein, sein Rohmaterial dem Schweizer Institut für Sucht- und Gesundheitsforschung (ISGF) zur Verfügung zu stellen – unter

der Bedingung, dass er in einer allfälligen Publikation als Studienleiter genannt würde. «Ich hatte keine Wahl», sagt Sieber. Immerhin: Das Publikationsverbot liessen die Suchtfachstellen fallen. Aber sie untersagten Sieber, die Namen der Fachstellen zu nennen, sollte er selbst etwas veröffentlichen.

Es dauerte nur wenige Monate, bis das ISGF aus dem für die Fachstellen unproblematischen Teil von Siebers Daten eine Studie veröffentlichte. Titel: «Ambulante Alkoholbehandlung wirkt.»

«Das Resultat passte den Fachstellen nicht. Es ist politisch zu heikel.»

Martin Sieber
Ehemaliger Forschungsleiter der Forel-Klinik

Die umstrittenen Kosten-Nutzen-Berechnungen fehlten. Siebers Name ebenso. Als Sieber sich beschwerte, entschuldigte sich das Institut: Das sei ein Versehen.

Sieber seinerseits publizierte einen Artikel über die Kosten-Nutzen-Berechnung in der deutschen Fachzeitschrift «Suchttherapie», die nur Texte veröffentlicht, die von Fachkollegen geprüft («peer reviewed») sind. Einen zweiten Fachartikel schrieb er für das Schweizer «Sucht-Magazin».

«Nicht nachvollziehbar»

Obwohl er die vier Fachstellen nicht namentlich nannte, sahen sich diese zu einer Stellungnahme veranlasst, die dieser Zeitung vorliegt. «Der Vorstand unterstützt zentrale Aussagen des obigen Artikels nicht», heisst es darin. Es sei «nicht nachvollziehbar», dass es Sieber gelungen sei, «seinen Artikel zu publizieren, ohne die Fachstellen zu nennen.» Das sei wohl auf das «aus unserer Sicht nicht den Tatsachen entsprechende» Argument zurückzuführen, die Fachstellen hätten «wichtige, jedoch unerwünschte Ergebnisse unterschlagen wollen». Und weiter: Die Fachstellen distanzieren sich in aller Form von diesen Unterstellungen.

Grund für die Stellungnahme war, dass Sieber sich mit Beschwerden an den Ombudsmann und das kantonale Sozialamt gewendet hatte – freilich erfolglos. Andrea Lübbert, Chefin des Sozialamts, schrieb ihm im Mai 2020, das Amt sei «weder Auslöser noch Löser dieser Situation». Und riet ihm, «die Sache abzuschliessen».

Was Sieber bleibt, ist eine nachhaltige Irritation. Es gehe ihm nicht um sich, versichert er: «Es kann doch nicht sein, dass weder die Suchtfachstellen noch die Politik wissen wollen, ob die angebotene Behandlung wirtschaftlich ist. Das Minimum wäre, dass die Stellen den aufgeworfenen Fragen nachgehen, auch wenn sie unbequem sind. Immerhin werden sie von den Gemeinden finanziert.»